

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. Mai 1990

am Donnerstag, dem 31. Mai 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	10	Dr. Klejdzinski (SPD)	16, 17
Frau Blunck (SPD)	25, 26	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	48, 49
Brauer (DIE GRÜNEN)	58, 59	Dr. Kübler (SPD)	37, 60
Frau Bulmahn (SPD)	6, 11	Kuhlwein (SPD)	73, 74
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	2	Leidinger (SPD)	38, 39
Diller (SPD)	27, 28	Lutz (SPD)	63, 64
Dr. Emmerlich (SPD)	56, 57	Michels (CDU/CSU)	46, 47
Erler (SPD)	40, 41	Müntefering (SPD)	42, 43
Gansel (SPD)	23, 52	Dr. Nöbel (SPD)	54, 55
Gerster (Worms) (SPD)	9, 72	Opel (SPD)	1, 18
Graf (SPD)	75, 76	Dr. Pick (SPD)	7, 8
Großmann (SPD)	44, 45	Reuter (SPD)	19, 20
Häuser (SPD)	67	Schreiner (SPD)	29, 53
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	35, 36	Seidenthal (SPD)	61, 77
Heistermann (SPD)	21, 22	Stiegler (SPD)	69, 70
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN)	3, 4	Such (DIE GRÜNEN)	65, 66
Hinsken (CDU/CSU)	68	Frau Walz (FDP)	12, 13
Hornung (CDU/CSU)	79, 80	Wartenberg (Berlin) (SPD)	62
Jäger (CDU/CSU)	5, 24	Frau Weiler (SPD)	78
Kalisch (CDU/CSU)	50, 51	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	30, 31
Frau Kastner (SPD)	33, 34	Wüppesahl (fraktionslos)	32, 71
Kirschner (SPD)	14, 15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
Opel
(SPD)
Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Postbediensteten einerseits bis zum Ende dieses Jahres auf eigene Kosten vollständig die neu verordnete Dienstkleidung anschaffen müssen, andererseits der seit Jahren unverändert gebliebene Bekleidungszuschuß noch nicht einmal Abnutzung und Reinigung abdeckt sowie weiter Bedienstete anderer öffentlicher Dienste unter gleichen Umständen eine einmalige Beihilfe erhielten, aus sachlichen Erwägungen und Gründen der Gleichbehandlung heraus bereit, den Postbediensteten im Jahre 1990 einen einmaligen Bekleidungszuschuß, der die gesamten Neubeschaffungskosten (z. B. pauschal in Höhe von 600 DM) oder wenigstens einen wesentlichen Teil davon auffängt, zu gewähren?

2. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
Welcher Tarif für Standardbriefe und Postkarten wird nach der Übernahme der bundesdeutschen Posttarife durch die DDR ab 2. Juli 1990 in Ost-Berlin gelten, d. h. werden Einwohner von Ost-Berlin ein höheres Porto für Standardbriefe und Postkarten als die West-Berliner bezahlen, oder wird der West-Berliner Sondertarif übernommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

3. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
Wie bewertet die Bundesregierung die kurzfristigen Auswirkungen der wirtschaftlichen Umstrukturierung in der DDR im Hinblick auf ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot der Betriebe für den Herbst 1990?

4. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
Zu welchen Unterstützungsmaßnahmen ist die Bundesregierung bereit, um in der DDR ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot für den Herbst 1990 sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

5. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Steht die Bundesregierung nach wie vor zu dem von der Regierung des früheren Bundeskanzlers Schmidt initiierten Projekt des Schnellen Brutreaktors in Kalkar, und wie beurteilt die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den zeitlichen Rahmen für das Genehmigungsverfahren der weitgehend fertiggestellten Anlage?
6. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wie hoch war 1982 der jeweilige Anteil der Grundlagenforschung an den FuE-Ausgaben des Bundes, gegliedert nach Förderbereichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

7. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer besonderen Verantwortung für die Beschäftigten bei MIP (Mainz Industrie Panzerwerk) aktiv bei der Herstellung von Kontakten mit kooperationsfähigen bzw. -willigen Unternehmen mitzuwirken und die Auftragslage durch eigene Vergabe zu stabilisieren?
8. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)
- Welche Förderungswege stehen in dem speziellen Fall MIP zur Verfügung, bzw. welche sind beim Fehlen entsprechender Voraussetzungen zu entwickeln unter Einschluß der Überlegung, am Beispiel MIP ein Modell der Rüstungskonversion zu schaffen?
9. Abgeordneter
Gerster (Worms)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Existenz des Unternehmens MIP-Instandsetzungsbetriebe GmbH, Mainz, angesichts der bisherigen ausschließlichen Abhängigkeit von Aufträgen der US-Army mit der Zustimmung der Bundesregierung unter den veränderten Rahmenbedingungen zu garantieren?
10. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die vom Bundeskanzler anlässlich der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit der DDR vertretene Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland noch nie „wirtschaftlich besser gewappnet (war) für die nationale Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit“, oder stimmt sie dem Bundesminister für

Wirtschaft zu, der auf Grund der in der Metall- und Druckindustrie von den Gewerkschaften auf dem Verhandlungswege erreichten 35-Stunden-Woche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt und unsere Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten gefährdet sieht?

11. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Mit welchen Auflagen über die Verwendung der Mittel stellt die Bundesregierung dem „Forum für Zukunftsenergien e. V.“ jährlich bis zu 1 Mio. DM an Haushaltsmitteln zur Verfügung, und inwieweit ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit der im Haushaltsplan genannten Zweckbestimmung der Mittel („verstärkte Anstrengungen zugunsten erneuerbarer Energiequellen“) vereinbar, wenn sich die Referenten auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des Forums vor zwei Monaten in Leipzig vor allem für den Ausbau der Kernenergie in der DDR aussprachen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

12. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP)

Welche Erfahrungen wurden bisher mit der Meldepflicht auch für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse an die Einzugsstellen der Sozialversicherungsbeiträge gemacht?

13. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung Klagen von Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sowie des Handels und Gewerbes, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Meldepflicht per 1. Januar 1990 verloren zu haben, die nicht durch Teilzeit- oder Vollzeitkräfte ersetzt werden konnten?

14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, Mitgliederumschichtungen größeren Ausmaßes in der gesetzlichen Krankenversicherung im Vorfeld der angekündigten Organisationsreform zu vermeiden, und welche konkreten Schritte wird sie zur Erreichung dieses Zieles einleiten, wenn bekannt ist, daß in jüngster Zeit ca. 80 000 Versicherte in die Betriebskrankenkassen der Firma Audi, BMW und Bosch abgewandert sind und der Auszehrungsprozeß der AOK sich permanent fortsetzt, z. B. mit der geplanten Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die Firma Porsche mit ca. 6200 Mitgliedern?

15. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung ein weiteres Ausufern des Entsolidarisierungsprozesses in der gesetzlichen Krankenversicherung verhindern, der bei der Firma Porsche dadurch augenfällig wird, daß eine Betriebskrankenkasse dieser Firma Beitragseinnahmen aus einem durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelt von rund 51 000 DM zufließen würden, während dieser Durchschnitt bei den AOK lediglich bei ca. 32 000 DM liegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

16. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung aus NATO-Kreisen Erkenntnisse vor, wonach die USA für die Beschaffung von Rüstungsgütern aus der UdSSR 250 Millionen US-Dollar aufgewandt haben sollen?
17. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist die Bundesregierung durch die USA über diese angeblichen Waffengeschäfte mit der DDR, der CSFR, Rumänien und Polen informiert worden, oder hat sie aus anderen – den Nachrichten dienenden Quellen – davon Kenntnis gehabt?
18. Abgeordneter
Opel
(SPD)
- Treffen Informationen zu, wonach die Entwicklung des Jäger 90 bei unveränderten Leistungsanforderungen (Spezifikationen) sowie vor allem bei Aufrechterhaltung des quantitativen und qualitativen Umfangs dieser Spezifikationen teurer wird als geplant und (bzw. oder) sich zeitlich verzögert, und ist es weiter zutreffend, daß vertragliche Lücken bei der Abfassung dieser Spezifikationen bestehen, die nunmehr ausgefüllt werden müssen und deshalb weitere zeitliche und kostenmäßige Zusatzrisiken nach sich ziehen?
19. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Welchen militärischen Zwecken dient der Einbau von Sprengschächten in Straßen und Brücken?
20. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Hält die Bundesregierung den Einbau von Sprengschächten in Straßen und Brücken noch für militärisch notwendig und angemessen?
21. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Wehrdienstzeit von zwölf Monaten zum 1. Oktober 1990 einzuführen?

22. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Welche Auswirkung hätte eine Wehrdienstreduzierung auf zwölf Monate für den Personalumfang der Bundeswehr, und gibt es entsprechende Planungen?
23. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung in Anbetracht der bevorstehenden Reduzierung der Bundeswehr und der Umstrukturierungen bei der Bundesmarine bereit, den Bau des für die Bundeswehr in Kiel geplanten Behördenzentrums noch einmal zu überprüfen und zusammen mit der Stadt Kiel Lösungen zu entwickeln, die sowohl den mittelfristigen Bedarf der Bundeswehr für Büroräume in Kiel wie auch die langfristigen städteplanerischen Belange der Stadt Kiel berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

24. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) Wie errechnet die Bundesregierung die in der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 1989 angegebene Aufklärungsquote bei Schwangerschaftsabbrüchen von 96,2%, und kann diese Zahl angesichts der Erkenntnisse über die nur durch Zufall aufgedeckten Tötungen ungeborener Kinder durch einen verantwortungslosen Arzt in Memmingen überhaupt als realistisch angesehen werden?
25. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Ist der Bundesregierung der kürzlich vorgelegte Bericht des italienischen Gesundheitsministers über hochbelastete Lebensmittel, die in Speisegaststätten verwendet werden, bekannt, und wenn ja, welche Konsequenzen werden hieraus für den Verkauf italienischer Gemüse- und Obstsorten in der Bundesrepublik Deutschland gezogen?
26. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Ist es daraufhin in den Bundesländern zu entsprechenden Untersuchungen gekommen, und in welcher Form erfolgt insoweit die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

27. Abgeordneter
Diller
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, für den sofortigen Ausbau der Teilstrecke Autobahndreieck Mehren – Anschlußstelle B 257 der Autobahn A 1 im Haushaltsplanentwurf für 1991 Mittel einzustellen, nachdem für dieses wichtige Teilstück (Anbindung der Kreisstadt Daun) nun ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluß vorliegt?

28. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Wie hoch werden ggf. diese Mittel für 1991 und für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung sein, und wann wird schätzungsweise mit einer endgültigen Fertigstellung dieses wichtigen Teilstückes als vierspurige Autobahn zu rechnen sein?
29. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Treffen Meldungen der „Saarbrücker Zeitung“ vom 12. Mai 1990 zu, wonach unter Berufung auf eine Darstellung des Bundesamtes für Flugsicherung die Beinahe-Kollision einer zwischen Berlin und Saarbrücken pendelnden Dan-Air-Linienmaschine mit zwei US-Jagdflugzeugen am 10. Mai 1990 im Luftraum über Ramstein sich „täglich wiederholen“ könne, und welche Schlußfolgerungen zieht gegebenenfalls die Bundesregierung daraus?
30. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Sind der Bundesregierung die Verzögerungen und daraus resultierende ständige Verkehrsbehinderungen im Zusammenhang mit der Planfeststellung des Autobahnverlaufs im Bereich Engelberg – Tunnel Leonberg bekannt?
31. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, den Abbau der Verkehrsbehinderungen im Bereich des Autobahntunnels Leonberg – evtl. als Zwischenlösung – dadurch zu beseitigen, daß die vorhandene Trasse (einschließlich Erweiterung der vorhandenen Tunnelbauten) sechsspurig ausgebaut wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

32. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es für die Umgebungsüberwachung atomtechnischer Anlagen, insofern dieser Bereich den des außerbetrieblichen Überwachungsbereiches räumlich überschreitet, in der seit 1986 international gültigen Einheit „Sievert“ für die Äquivalentdosis keine Grenzwerte gibt und somit die in Sievert ausgedrückten Meßergebnisse der Kernreaktor-Fernüberwachung keine Aussagen über die Gefährdung der im weiteren Umkreis atomtechnischer Anlagen sich ständig aufhaltender Menschen machen?
33. Abgeordnete
**Frau
Kastner**
(SPD)
- Darf die in Anlagen, in denen künftig Abfälle mitverbrannt werden, entstehende Flugasche ungetrennt auf einfachen Deponien entsorgt werden, obwohl für die Flugasche von reinen Müllverbrennungsanlagen nach der 17. Bundes-Immis-

- sionsschutzverordnung (BImSchV) eine getrennte Ablagerung in speziellen Anlagen gefordert wird, weil gerade die Flugasche besonders mit Schadstoffen versetzt ist?
34. Abgeordnete
Frau Kastner
(SPD)
- Werden Anlagen, in denen künftig Abfälle mitverbrannt werden, auf die Einrichtung und den ständigen Betrieb von Mess- und Überwachungsanlagen verpflichtet werden entsprechend den Regelungen für reine Müllverbrennungsanlagen nach der 17. BImSchV?
35. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Handelt es sich bei der Ermittlung der erlaubten Emissionsgrenzwerte bei der Mitverbrennung von Abfall in einer bestehenden Anlage nach der 3. Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes um einen rein rechnerisch ermittelten Wert, und wird dieser Wert regelmäßig neu festgesetzt, wenn sich das zu verbrennende Gut in Umfang und Zusammensetzung verändert?
36. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Welchen tatsächlichen Gewichts- und Volumenanteil kann der Anteil des Abfalls bei Mitverbrennung in bestehenden Anlagen ausmachen, welcher 25% der Gesamtfeuerungswärmeleistung der Anlage entspricht?
37. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des Gutachtens der noch vom Runden Tisch in der DDR eingesetzten unabhängigen Expertenkommission zur Sicherheit des Kernkraftwerkes Greifswald, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?
38. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Wie hoch ist die Menge des in der Lingener Dekontaminationsanlage bisher aufgearbeiteten verstrahlten Molkepulvers pro derzeitigem Tagesdurchsatz der Anlage, und mit welchem Zeitplan ist nun mit dem Beginn des Abzugs und mit dem Ende der Aufarbeitung des in Feldkirchen/Niederbayern eingelagerten Molkepulvers zu rechnen?
39. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Welche Gesamtkosten entstehen nunmehr insgesamt für die Dekontamination sowie für Lagerung, Transport und Bewachung des in Bundeswehreinrichtungen in Feldkirchen und Meppen eingelagerten kontaminierten Molkepulvers tatsächlich, und welche Kosten sind bisher einschließlich Lagerung, Transport und Bewachung im einzelnen entstanden?

40. Abgeordneter
Erler
(SPD)
- Muß zuerst ein Gesamtemissionsgrenzwert der bestehenden Anlage ermittelt werden, wenn bei der Mitverbrennung von Abfallstoffen bis zu 25% der Gesamtfeuerungswärmeleistung der Anlage der Misch-Grenzwert der Gesamtemissionen nach der 17. BImSchV für diese Anlage ermittelt wird?
41. Abgeordneter
Erler
(SPD)
- Kann bei der Erteilung einer Änderungsgenehmigung für die bestehende Anlage, in der zusätzlich Abfall verbrannt werden soll, auf die normale Bürgerbeteiligung, wie sie für die Erteilung der Betriebsgenehmigung vorgeschrieben wäre, verzichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

42. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Mieter von Sozialwohnungen bei einem Verkauf der Wohnungen an private Unternehmen „wohnungswirtschaftlicher Spekulation und Umwandlungswillkür“ ausgesetzt werden (Pressemittteilung BMBau v. 6. Mai 1990)?
43. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung in den letzten drei Jahren unternommen, um die wohnungswirtschaftliche Spekulation und Umwandlungswillkür mit Sozialmietwohnungen zu verhindern?
44. Abgeordneter
Großmann
(SPD)
- Worin liegt das erhöhte Risiko von wohnungswirtschaftlicher Spekulation und Umwandlungswillkür bei einem Verkauf von Wohnungen aus den Beständen ehemals gemeinnütziger Wohnungsunternehmen an private Unternehmer, das die Bundesregierung dazu veranlaßt hat, davor zu warnen?
45. Abgeordneter
Großmann
(SPD)
- Zieht die Bundesregierung daraus die Schlußfolgerung, daß die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit ein schwerer wohnungspolitischer Fehler war?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit *)**

46. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Welche politische Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Problem von Hunger und Unterernährung in der Dritten Welt vor allem im Hinblick auf die Stabilität der Entwicklungsländer bei?
47. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen Hunger und Umweltzerstörung, und ist eine Verbesserung der Ernährungslage vor allem in Entwicklungsländern nicht entscheidend abhängig von einer Ressourcennutzung, die auf die Erhaltung der natürlichen Ökosysteme abgestellt ist?
48. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Da die Welternährungskonferenz 1974 in Rom beschlossen hat, Hunger und Unterernährung auf der Welt innerhalb von zehn Jahren zu beseitigen, drängt sich die Frage auf, wie viele Menschen hungern heute in der Dritten Welt, und was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
49. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- In welchen Ländern leben sie, und welche Bevölkerungsgruppen leiden besonders an Hunger und Unterernährung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

50. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung nachstehende Äußerung des polnischen Gewerkschaftsführers Lech Walesa, „Ich schrecke nicht einmal vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland nicht populär machen wird. Wenn die Deutschen – auf die eine oder andere Weise – von neuem Europa destabilisieren, dann darf nicht auf die Teilung Deutschlands zurückgegriffen werden, sondern muß dieses Land schlicht und einfach von der (Land)Karte gestrichen werden. Der Osten und der Westen verfügen über die notwendige fortgeschrittene Technologie, um dieses Urteil auszuführen. Wenn Deutschland wieder anfängt, gibt es keine andere Lösung.“ veröffentlicht in der holländischen Wochenzeitung „Elsevier“ vom März 1990, bekannt?

*) siehe Seite 16

51. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Welche diplomatischen Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dieser Äußerung gezogen?
52. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Trifft es zu, daß die DDR verpflichtet ist, von der Sowjetunion eine größere Zahl modernster MIG-Düsenjäger zu kaufen, und daß die Sowjetunion hat erkennen lassen, daß sie auch von einem vereinigten Deutschland erwartet, daß es an dem Kaufvertrag festhält und insbesondere den Kaufpreis von mehreren Milliarden DM entrichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

53. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Aus welchen Gründen verweigert das Bundesministerium des Innern die Zustimmung zur Einbürgerung des iranischen Staatsbürgers Herrn Mehdi Aschrafi Mahabadi?
54. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die zur Durchführung des Ausländergesetzes notwendigen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften dem Bundesrat zuleiten (Rechtsverordnungen nach §§ 3, 4, 9, 10, 38, 40, 64, 76, 80, 81; Verwaltungsvorschriften nach §§ 63 und 104)?
55. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Referententwürfe zu diesen Verordnungen mit Kommunen, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zu erörtern und deren Stellungnahmen zu berücksichtigen?
56. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Trifft die Behauptung im SPIEGEL vom 5. März 1990 (Seite 106 ff.) zu, daß ein Beamter des Bundeskriminalamts rd. 50 kg Kokain aus Südamerika in ein Schließfach in Bremerhaven verbracht hat und daß dieses Kokain Rauschgifthändlern zum Kauf angeboten worden ist?
57. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Sind die von BKA-Beamten der Staatsanwaltschaft in Bremen als Hintermänner dieses Rauschgifttransportes und versuchten Rauschgiftverkaufs bezeichneten Südamerikaner von verdeckten Ermittlern des Bundeskriminalamts oder sogenannten V-Leuten angeworben?
58. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN) Gibt es seitens der Bundesregierung eine Präferenz in bezug auf Olympische Spiele Berlin 2000 oder 2004, und wie wird sie begründet?

59. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung das Olympiastadion, welches als ein Symbol für die Überlegenheit des faschistischen Deutschlands in die Geschichte eingegangen ist und ein Beispiel typischer Nazi-Architektur darstellt, für einen angemessenen Austragungsort für Olympische Spiele in der sich abzeichnenden Vereinigung Deutschlands?
60. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung ein Übereinkommen über das Asylrecht mit den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Luxemburg, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Irland getroffen, das auf der nächsten EG-Ministerratstagung unterzeichnet werden soll, und wenn ja, warum hat sie dieses bislang nicht den parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland zur Beratung zugeleitet?
61. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit den Bundesländern geben, die eine verstärkte Übernahme von Beamten des BGS in die Länderpolizei ermöglichen?
62. Abgeordneter
**Wartenberg
(Berlin)**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, die Aufgaben der Bahnpolizei und der Flughafensicherung sozialverträglich auf den Grenzscheitendienst zu übertragen?
63. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wird die Bundesregierung Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes und des Zolls ab dem 50. Lebensjahr eine großzügige Vorruhestandsregelung anbieten, und wenn ja, welche Konditionen wird diese haben?
64. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Übernahme von Beschäftigten des Zolls und des BGS in Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden unterstützen?
65. Abgeordneter
Such
(DIE GRÜNEN)
- Für welche Sicherheitsbehörden des Bundes, der Länder oder des Auslands ist Christian H., der im Zusammenhang des Schmücker-Mordes u. a. für das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz als V-Mann „Flach“ arbeitete, seither in freier Mitarbeit oder fester Anstellung nach Kenntnis der Bundesregierung tätig geworden?
66. Abgeordneter
Such
(DIE GRÜNEN)
- In welchen Zeiträumen und in welchen Aufgabengebieten war bzw. ist H. für diese Stellen jeweils tätig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

67. Abgeordneter
Häuser
(SPD)
- Wie viele Steuereinnahmen sind daraus zu erwarten, daß seit dem 1. Januar 1990 diejenigen Schwerbehinderten, die sich nicht alleine fortbewegen können und deshalb vom Arbeitgeber von Zuhause abgeholt und wieder zurückgebracht werden, diesen Nachteilsausgleich als geldwerten Vorteil versteuern müssen?
68. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- In welcher Größenordnung sind die von verschiedenen Seiten geäußerten Befürchtungen eingetroffen, anlässlich der dritten Stufe der Steuerreform werde es zu erheblichen Steuerminderungen für die Kommunen kommen, bzw. welche Zahlen liegen bereits bisher vor, die das Gegenteil dieser Behauptungen dokumentieren?
69. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie hat sich die Bundesregierung im Rat der Gesundheitsminister am 13. November 1989 bei der Einführung des Warnhinweises „Tabak gefährdet die Gesundheit“ auch zu Lasten des Schnupftabaks verhalten, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Schnupftabaksteuer, die die EG-Kommission beabsichtigt, zu verhindern?
70. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über beabsichtigten Personalabbau bei den Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte, und in welcher Weise wird die Bundesregierung ihre tarifvertraglichen Pflichten erfüllen, bei Rationalisierungen Arbeitnehmer der Stationierungsstreitkräfte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bevorzugt zu beschäftigen?
71. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Kosten, die für die Adoption eines Kindes aus der Dritten Welt, das nur durch die Adoption vor einem menschenunwürdigen, die physische und psychische Gesundheit gefährdenden Leben gerettet werden kann, steuerlich als außergewöhnliche und auf Grund einer gegebenen Hilfsnotwendigkeit auch als zwangsläufige Aufwendung im Sinne von § 33 EStG geltend gemacht werden können oder andernfalls steuerlich den Spenden von Privatpersonen an anerkannte Hilfsorganisationen für die Dritte Welt, wie z. B. Misereor oder Brot für die Welt, gleichzustellen sind?

72. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit den US-Behörden die Freigabe bisher militärisch genutzter Teile des Betriebsgeländes in Mainz-Mombach bzw. Mainz-Gonsenheim mit Vorrang zu betreiben, um rechtzeitig eine zivile Nutzung durch MIP zu ermöglichen, bzw. hat sie dazu schon Initiativen eingeleitet?
73. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung für die künftige Beschäftigung der mit dem Stichtag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 2. Juli 1990 freizustellenden Zollbeamten an der Grenze zur DDR, und inwieweit sind die Beamten bisher über solche Pläne verbindlich informiert worden?
74. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie sollen der mit dem Wegfall der Wirtschaftsgrenze zur DDR verbundene Personalabbau und erforderlich werdende Umsetzungen beim Zoll unter Berücksichtigung der Fürsorgepflicht sozialverträglich gestaltet werden?
75. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Wie viele Eingaben liegen der Bundesregierung von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes und der Zollverwaltung vor, die von ihr auf Grund der deutsch-deutschen Entwicklung konkrete Antworten hinsichtlich ihrer weiteren Verwendung, besonders unter Berücksichtigung der jeweils persönlichen Situation, einfordern?
76. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, daß die betroffenen Beamten, Angestellten und Arbeiter durch die zu erwartende Aufhebung der deutsch-deutschen Grenzkontrollen auch künftig eine heimatnahe Verwendung finden werden?
77. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse haben die von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Außenverwaltungen und Personalvertretungen erarbeitet, um die erheblichen personellen und organisatorischen Veränderungen unter Berücksichtigung der sozialen Belange der Beschäftigten im BGS- und Zollbereich lösen zu können?
78. Abgeordnete
Frau Weiler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Eingaben von Betroffenen des BGS und des Zolls auf dem Dienstweg an den zuständigen Minister bereits auf unterer Behördenebene abgeblockt werden und ihr dadurch eine umfassende Information über die Situation vor Ort vorenthalten wird?

**Noch Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

79. Abgeordneter
Hornung
(CDU/CSU)
- Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Hauptgründe, warum die von der Welt-ernährungskonferenz beschlossenen Maßnahmen nicht zum größeren Erfolg geführt haben, so daß die damals anvisierten Ziele trotz großer Anstrengungen und erheblichem Mitteleinsatz nicht erreicht wurden?
80. Abgeordneter
Hornung
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Konzepte zur Beseitigung des Hungers in der Welt in den 90er Jahren bekannt, und welche Vorstellungen bestehen über die hierfür einzusetzenden Mittel?

Bonn, den 25. Mai 1990